



Dr. Carsten Brodesser | MdB **CDU**

Berlin Aktuell 48. KW | 2017

Liebe Leserinnen und Leser,

derzeit überschlagen sich die Ereignisse im „politischen Berlin“.

Noch bis zum Abend des 19.11. ging die Mehrheit der CDU-Parlamentarier von einem positiven Ausgang der Sondierungsverhandlungen mit der FDP und den Grünen aus.

Leider verließ die FDP den Verhandlungstisch, obwohl in den meisten Sachfragen gute Kompromisse erzielt werden konnten.

Der Union war es gelungen, wichtige Anliegen durchzusetzen. Dazu gehörten zum Beispiel folgende Punkte:

Wirtschaft, Wohlstand, Arbeit

- Vollbeschäftigung
- Sozialversicherungsbeiträge bis 2021 bei unter 40 Prozent stabil halten
- Befristete Arbeitsverträge erhalten, ihren Missbrauch bekämpfen
- Beim Mindestlohn sicherstellen, dass ehrenamtliche Tätigkeit nicht erschwert wird
- Paket „Kleine Selbstständige“
- „Gründer- und Starterpaket“, das Unternehmensgründungen erleichtert und fördert
- Regelungswerk zur Steuerung der Einwanderung von Fachkräften in den Arbeitsmarkt

Familie

- Erhöhung Kindergeld um 25 Euro je Kind und Monat, entsprechende Anhebung des Kinderfreibetrages und Erhöhung Kinderzuschlag
- Einführung eines Baukindergeldes
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern schaffen

Soziale Sicherheit

- Sofortprogramm „Pflege“ (mehr Pflegekräfte, bessere Bezahlung), Bürokratieabbau in Pflege
- Schulgeld für Heilberufe abschaffen
- Auf Kinder von pflegebedürftigen Eltern erst ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgreifen
- Sicherstellung guter Gesundheitsversorgung überall in Deutschland – besonders im ländlichen Raum (Landarzt-Garantie)
- Verbesserung der Erwerbsminderungsrente für diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können
- Ein weiterer Schritt bei der Mütterrente
- Rentner, die Anspruch auf Grundsicherung haben, sollen nicht zum Sozialamt müssen, sondern diese bei der Rentenversicherung beantragen
- Rentenkommission, um Rente nach 2030 zukunftssicher aufzustellen

Innere Sicherheit

- 7500 neue Stellen für die polizeilichen Sicherheitsbehörden des Bundes
- Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten und besonders gefährlichen Orten
- Stärkere Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Kampf gegen den Terrorismus
- Bundesweit einheitliche Abwehr von Gefahren und Angriffen aus dem Cyberraum
- 2000 neue Stellen in Bund und Ländern für eine funktionierende Justiz

Flucht und Asyl

- Die Gesamtzahl der Aufnahmen aus humanitären Gründen soll die Zahl von 200 000 Menschen im Jahr nicht übersteigen
- Ausweitung von sicheren Herkunftsstaaten
- Bündelung Verfahren von allen Asylsuchenden in Aufnahme- und Entscheidungszentren
- Beim Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige war eine Einigung zum Greifen nah

Landwirtschaft, ländliche Räume, Wohnen

- Bekenntnis zu einer vielfältigen Landwirtschaft und verlässlicher Ertragssituation
- Vergleichbares Volumen in der GAP nach 2020
- Mehr Geld für GAK, u. a. für Tierwohl, Ställe der Zukunft, Erhalt Kulturlandschaft, gesunde Ernährung, Präzisionslandwirtschaft
- Förderung von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft
- Fortführung aller bisher kommunal wirksamen Finanzprogramme
- Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, die bis Ende 2018 konkrete Vorschläge erarbeitet
- 1,5 Millionen neue Wohnungen in den kommenden vier Jahren bauen

Verkehr, Energie, Klima

- Investitionshochlauf verstetigen
- Planung und Umsetzung von Infrastrukturvorhaben beschleunigen
- Entwicklung alternativer Antriebe technologieoffen fördern
- NOX-Grenzwerte in den Städten einhalten, Fahrverbote vermeiden
- ÖPNV stärken
- Einheitliches elektronisches Deutschlandticket bei der Bahn einführen
- Klimaschutzabkommen von Paris und Klimaziele gelten
- Reform EEG mit Blick auf Marktreife
- Steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierung

Bildung, Forschung, Digitales

- 10 Prozent BIP in Bildung und Forschung bis 2025 investieren
- 3,5 Prozent des BIP bis 2025 in Forschung und Entwicklung investieren
- Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung mit besonderer Mittelstandsprägung
- Mehr Kooperation zwischen Kommunen, Ländern und Bund im Bildungsbereich
- Digitalpakt Schule, der Schulen bei Digitalisierung unterstützt
- Berufsbildungspakt, um berufliche Bildung zu stärken
- Nachfolgevereinbarung Hochschulpakt
- Gigabit-Netze bis 2025 flächendeckend ausbauen
- Vorreiterrolle beim Ausbau von 5 G Mobilfunk
- Modernes Datenrecht für neue Geschäftsmodelle
- Einheitliches digitales Bürgerportal bis 2022

Solide Finanzen und Steuern

- Auch in den kommenden vier Jahren ohne neue Schulden auskommen
- Den Solidaritätszuschlag so abschaffen, dass bis Ende der Legislaturperiode drei Viertel der Steuerzahler keinen Soli mehr gezahlt hätten
- Die Einkommensteuer für die kleinen Einkommen senken

Handlungsfähigkeit in Europa und der Welt

- Wirtschafts- und Währungsunion stärken und den Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten, um für einen dauerhaft stabilen Euro zu sorgen, Europa wirtschaftlich erfolgreicher zu machen sowie besser gegen Krisen zu wappnen
- Keine Öffnung von Kapiteln im Beitrittsprozess EU-Türkei, keine Visa-Liberalisierung, so lange die Türkei die Voraussetzungen nicht erfüllt
- Bekenntnis zur Bundeswehr, bestmöglicher Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung
- Mehr für die Entwicklungszusammenarbeit tun (ODA-Quote)
- Abschottung bekämpfen und für fairen und freien Handel und Zusammenarbeit eintreten

Das Ergebnis war umso erstaunlicher, weil die Grünen in einzelnen Politikfeldern ihre selbst gesteckten Grenzen (z.B. in der Migrations- und Landwirtschaftspolitik) weit überschreiten wollten.

Die Jamaika-Option ist nun Geschichte und in den nächsten Tagen wird sich entscheiden, ob die SPD in eine Regierung eintritt. Die Alternativen „Minderheitsregierung“ und „Neuwahlen“ werden sicherlich nicht zur Stabilität und zum außenpolitischen Gewicht unseres Landes beitragen.

Wichtig bleibt, dass wir „entschlossen“ und „geschlossen“ die anstehenden Aufgaben erledigen und das Beste für unser Land und alle Menschen in Deutschland erreichen.

Herzliche Grüße!
Carsten Jochims